

Rede zum 1. Mai 2013 in Alzey

Von Birgit Sperner, ver.di - Landesfachbereichsleiterin

Postdienste, Speditionen, Logistik
Rheinland-Pfalz/Saar

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

heute ist der erste Mai,
der Tag der Arbeit! Er ist der Tag aller Abhängig

Beschäftigten und Selbständigen,
Er ist der Tag aller Menschen die einen Arbeitsplatz
besitzen und aller Menschen, die einen Arbeitsplatz
suchen,

Er ist der Tag aller Menschen im Ruhestand, die im Alter
nicht arm werden wollen

Er ist der Tag aller jungen Menschen, die eine gute

Bildung, Ausbildung und Übernahme verdienen
Er ist der Tag aller Frauen, die gleiches Geld und gleiche

Aufstiegschancen wie Männer für die gleiche Arbeit
erstreiten

Er ist der Tag der Menschen, die in unser Land
eingewandert sind und unser Leben bereichern. Sie
haben ein Recht auf Integration und faire Chancen.

Wir kämpfen Seite an Seite mit den vielen Menschen
aus politischen Organisationen, Parteien und

Gewerkschaften gegen jede Form von Diskriminierung –
aus welchem Grund auch immer.

Der erste Mai ist der Tag unseres gemeinsamen Kampfes
Und unser Motto lautet

Gute Arbeit – Sichere Rente – Soziales Europa

Wir feiern heute die Würde der Menschen, die Arbeiten!
Diese Würde haben wir uns hart erkämpft und wir

müssen sie immer wieder neu schützen und verteidigen!
Was wir erleben ist ein Klassenkampf von oben – in

Deutschland und in Europa.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist so tief gespalten wir
noch nie. Immer Menschen müssen zu immer
niedrigeren Löhnen und schlechteren Bedingungen
arbeiten.

Das ist unfair und ungerecht.

Das haben diese Menschen und ihre Familien nicht
verdient!

Sie sind es wert, dass wir gemeinsam kämpfen und
streiten und deshalb sind wir heute hier in Alzey am 1.
Mai 2013!

Unser Tag: Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.

Heute ist der Tag an dem wir gute Arbeit fordern.

Arbeit ist für uns viel mehr als einfach nur ein Job. Durch
Arbeit erschaffen wir uns die materielle Grundlage für
unser Leben. Durch Arbeit verdienen wir uns Respekt

und Anerkennung in unserer Gesellschaft. Arbeit stiftet uns Identität und ist uns Berufung.

Unser aller Arbeit ist Grundlage für den Wohlstand und den wirtschaftliche Erfolg oder Misserfolg unserer Gesellschaft.

Gute Arbeit

Gute Arbeit heißt für uns vor allem ein angemessenes und sicheres Einkommen in einem unbefristeten Arbeitsverhältnis zu haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Sicherheit brauchen wir um in die Zukunft zu planen, eine Familie zu gründen und uns zu entfalten. Doch wie sieht die Praxis aus?

Immer mehr Menschen sorgen sich um die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes. **Alles ist sozial was Arbeit schafft** haben uns Arbeitgeber, Wissenschaftler, Politiker und Journalisten in der damaligen Wirtschaftskrise vor über dreizehn Jahren erzählt.

Hauptsache Arbeit – das war das Motto um die 400 heute 450 Euro Jobs zu regulären Arbeitsverhältnissen zu machen, die Zeitgrenze von 15 Stunden aufzuheben oder Vollzeitstellen in Teilzeitstellen umzuwandeln.

Heute arbeiten rund 7,7 Millionen Menschen im Minijob. Es sind meistens Frauen. Vor allem Billig und schnell ersetzbar – das ist die Devise vieler Arbeitgeber. Ihr wisst das, Kolleginnen und Kollegen: Minijobs sind nur für 1/3 aller ein Hinzuverdienst – 2/3 müssen davon ihren Lebensunterhalt bestreiten und haben am Ende nur die Perspektive auch im Alter trotz jahrelanger Arbeit arm zu bleiben.

Und das soll sozial sein?

Hauptsache Arbeit- damit wurde die Leiharbeit soweit dereguliert, dass der Handel mit Menschen wahrsten Sinne des Wortes aufgeblüht ist. Dem Abbau von Arbeitslosigkeit soll Leiharbeit dienen. Damit sind bei den Arbeitgebern sämtliche Skrupel gefallen, diese Form der Arbeit bis zum Anschlag auszuweiten. Heuern und Feuern bedeutet das, Kolleginnen und Kollegen.

Die Risiken des Arbeitsmarktes tragen die ArbeitnehmerInnen. Knapp 1 Millionen Menschen sind als Leiharbeitnehmer beschäftigt. Jeder zweite Job dauert nicht länger als drei Monate. Vielen stehen schon nach einigen Tagen wieder vor der Tür.

Es ist eine Branche entstanden, deren Geschäftsmodell davon lebt, dass die Arbeitsagenturen laufend billigen

Nachschub an Arbeitskräften sichern. Notfalls auch mit Druck von Sperrzeiten. Mit Würde hat das nichts zu tun.

Die Pflöcke, die wir Gewerkschaften mit dem Mindestlohn in der Leiharbeit und Tarifverträgen einschlagen konnten, gehen nicht weit genug. Noch immer verdienen diejenigen Beschäftigten, die besonders flexibel sein und sich ständig auf neue Arbeitsplätze einstellen müssen, 40% weniger als ihre fest angestellten Kolleginnen und Kollegen.

Das unfair und das ist unsozial.

Und das spielt die ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmer gegeneinander aus. Die Kolleginnen und Kollegen von Real können ein Lied davon singen. Und sie können ein Lied davon singen, welche Schweinereien sich die Arbeitgeber noch einfallen haben lassen um uns zu demütigen und zu schwächen.

Im Einzelhandel wurde ein wahrer Generalangriff auf eines der Herzstücke unserer Demokratie gestartet. Flächendeckend haben alle regionalen Arbeitgeberverbände parallel die Manteltarifverträge gekündigt. Davon sind rund 3 Millionen Kolleginnen und Kollegen – überwiegend Frauen – betroffen. Ein wahrer Horrorkatalog an Forderungen zielt darauf ab, unter dem Tarnnamen Modernisierung existenzielle Arbeits-

und Einkommensbedingungen zu verschlechtern. So drohen - und das ist nur die Spitze des Eisbergs:

- Die Erhöhung und Entgrenzung der Arbeitszeiten
- Abgruppierung von Kassiererinnen
- Einführung von Dumpinglöhnen
- Wegfall aller Zuschläge
- Wegfall der Entwicklungsmöglichkeiten für Ungelernte
- und noch viel mehr.

Auf dem Rücken der Beschäftigten soll der ruinöse Verdrängungswettbewerb in der Branche noch weiter verschärft werden.

Für uns ist das eine Kampfansage an die Gewerkschaften. Unser Motto heißt: Tarifverträge schützen und den Kolleginnen und Kollegen im Handel den Rücken stärken!!! Sie sehen einer verdammt harten Tarifauseinandersetzung entgegen. Zeigt ihnen Eure Solidarität, sprecht sie an. Wir alle gehen einkaufen und profitieren von ihrer guten Arbeit, die sie täglich leisten. Und geht nicht in den Betrieben einkaufen, die gerade bestreikt werden, aber die Geschäfte durch den Einsatz von Leiharbeitnehmern und Werkvertragsbeschäftigten aufrecht erhalten!!! Wir brauchen Euch!

Und dass wir uns nicht einschüchtern lassen, haben wir in diesem Jahr schon ein paar Mal in den Tarifrunden

unter Beweis gestellt. Es ist z.B. gelungen in der Tarifrunde Länder, hier in Alzey bei LSG Skyfood und bundesweit letzten Freitag bei der Post angemessene Entgeltsteigerungen zu erzielen. Und ab jetzt lässt die IG Metall die Muskeln spielen. Im Juni sitze ich selbst für das Verkehrsgewerbe Rheinland-Pfalz am Verhandlungstisch.

Lasst uns den Kampf gemeinsam und solidarisch führen. Für alle Beschäftigten und lasst uns den Kolleginnen und Kollegen im Handel zur Seite stehen.

Werkverträge, da sind wir bei der nächsten Sauerei, die sich die Arbeitgeber haben einfallen lassen, um Arbeitnehmerrechte auszuhebeln. Bei Künstlern, Architekten, kulturellen oder Medienberufen war es seit jeher üblich ein festes Honorar zu vereinbaren und sehr große Freiräume bei der Auftragsausführung zuzulassen.

Diese Vertragsart wird auf einmal im Handel, in der Logistik aber auch im IT –Bereich und in der Industrie oder in der Pflege massenhaft missbraucht. Zum Beispiel die Physiotherapeutin, die früher beim Altenheim fest angestellt war, ist genauso präsent wie damals aber heute mit einem Werkvertrag und trägt das entsprechende Risiko und muss die gesamte Sozialversicherung selbst bezahlen.

Genauso geht es dem Paketfahrer, der auf eigenes Risiko mit eigenem Fahrzeug für immer denselben Auftraggeber fährt – häufig auch noch für den Subunternehmer des Paketdienstes. Unter dem Strich kommt auch er nur auf einen Hungerlohn.

Und es gibt Werkvertragsunternehmen, deren Beschäftigte als „Werk“ die Regale in Supermärkten füllen. Die Abrechnung erfolgt über Paletten oder gelehrte Behälter - wie für den Paketfahrer über das zugestellte Paket.

Und in Industrieunternehmen werden Menschen mit einem Flatterband von der fest angestellten Belegschaft abgetrennt und „werken“ zu den miesesten Bedingungen.

„Scheinselbständigkeit“ hatte man das genannt, heute heißt das Werkvertrag und muss genauso entschieden bekämpft werden.

Unser Grundsatz lautet: Wer immer für denselben Arbeitgeber schafft und seinen Weisungen unterliegt, ist abhängig beschäftigt und in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen!

Kolleginnen und Kollegen, im September ist Bundestagswahl. Schaut Euch die Programme der politischen Parteien richtig gut an bevor ihr Euer Kreuzchen setzt.

Sichere Rente

Rente muss zum Leben reichen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Und was ist die Realität?

Jahrelange Kürzungen und die Verwahrlosung des Arbeitsmarktes haben unserer Alterssicherung massiv zugesetzt. Wir wissen seit langem, dass all die Minijobber, Werksvertragler, Leiharbeiterinnen oder Scheinselbständigen vom sozialen Abstieg im Alter massiv bedroht sind.

Vor dieser Entwicklung haben die Gewerkschaften immer wieder gewarnt. Heute sagen

Sozialwissenschaftler uns: Das Armutsrisiko für Menschen über 65 ist zwischen 2006 und 2011 von 10 auf 14% gestiegen.

Das kommt doch nicht von ungefähr!

Die Rente ist ein Spiegelbild unserer Erwerbsbiografien.

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors, sozial nicht abgesicherte Jobs und die Rentenreformen der letzten 20 Jahre haben sich hier ausgewirkt. Hier muss umgesteuert werden, Kolleginnen und Kollegen!

Ganz zentral, um Altersarmut zu vermeiden ist es, die gerechte Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wieder herzustellen. Dazu gehört

- ein gesetzlicher, flächendeckender, branchenübergreifender gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 8,50€
- das Zurückdrängen atypischer Beschäftigung
- und die Stärkung der Tarifbindung!

Das gilt vor allem für prekäre Minijobs. Kolleginnen und Kollegen, das deutsche Beschäftigungswunder ist weiblich. Es ist eine Frau die hinzuverdient, die z.B. bis Mitternacht an der Kasse im Supermarkt sitzt, ganz früh morgens die Büros sauber macht, die sich in Privathaushalten ein Zubrot verdient, in Krankenhäusern und Altenheimen arbeitet und mit höchstens 450€ nach Hause geht. 7,7 Millionen Menschen hatten 2011 einen Minijob – 2/3 davon Frauen. Fast 5 Millionen Menschen in Deutschland leben ausschließlich von einem oder mehreren Minijobs, rund 2 Millionen brauchen den Minijob, weil Rente oder Bafög nicht zum Leben reichen.

Ein Drittel aller Jobs im Gastgewerbe sind Minijobs, jeder vierte in Einzelhandel und Dienstleistung und im Gesundheitswesen jeder neunte. Minijobs sind zum

„Normalzustand“ geworden. Das wird nicht auf Dauer gut gehen.

Wer mit einem versicherungspflichtigem 300-Euro-Minijob im Alter die Grundsicherungsgrenze von 690 € erreichen möchte, muss 250 Jahre lang arbeiten.

Ich sag, das ist völlig frei von einer sozialen Absicherung und zeigt den Irrsinn dieser Jobs.

Und statt diesem Spuk ein Ende zu bereiten hat die Bundesregierung die Grenze zum 1. Januar auf 450,00 € angehoben.

Wir fordern: Jede bezahlte Tätigkeit muss sozial versichert sein und zwar sowohl in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Für Fairness und für die Absicherung im Alter.

Sichere Rente

Apropos Alter: Niemand versteht, warum die Bundesregierung noch immer an einem gesetzlichen Rentenalter von 67 festhält, obwohl nur 10% der 63 und 64jährigen einem sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjob nachgeht. Schon heute müssen über die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner Abschläge in Kauf nehmen, weil sie das Rentenalter im Beruf nicht erreichen. Zuletzt betrug der Durchschnitt der Abschläge

109€ im Monat – ein Leben lang. Bis zum Jahr 2030 wird das Rentenniveau auf 43% sinken. Demnach bekäme eine Altenpflegerin nach 40 Berufsjahren gerade einmal 655€ Rente. Und das ist nicht gerecht Kolleginnen und Kollegen.

Deshalb sagen wir Nein zu diesem Rentenkürzungsprogramm. Die Rente mit 67 muss weg!

Und wer noch nicht alt genug für die Rente aber so kaputt ist und nicht mehr erwerbstätig sein kann, hat heute mit Recht Angst vor Armut. Das sind derzeit rund ein Fünftel der Beschäftigten – im Schnitt im Alter von 50 Jahren. Sog. Reformen haben dafür gesorgt, dass die durchschnittlich ausgezahlten Erwerbsminderungsrenten im Sinkflug bei rd. 640€ gelandet sind und damit unter der Grundsicherungsgrenze liegen. Diese Abwärtsspirale muss ein Ende haben! Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, darf nicht auch noch mit Abschlägen bei der Rente bestraft werden!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir wollen das Rentenniveau absichern. Dazu schlagen wir den Aufbau einer Demografiereserve vor. Das kostet den Durchschnittsverdiener nur wenige Euro Rentenversicherung im Monat mehr. Und damit kann

das Rentenniveau stabilisiert werden, die Erwerbsminderungsrenten verbessert und sogar die Rente mit 67 ausgesetzt werden.

Für uns Gewerkschaften gilt:
Die Rente muss zum Leben reichen!

Soziales Europa

Kolleginnen und Kollegen, die Euro-Krise ist noch nicht vorbei. Die sogenannte Antikrisenpolitik hat Südeuropa in eine Rezession getrieben. Ein Teufelskreis aus radikaler Spar- und Kürzungspolitik, sinkenden Einkommen, fallender Nachfrage und Wirtschaftsleistung sowie hoher Arbeitslosigkeit ist entstanden. Die Wirtschaftsleistung in ganz Europa ist gesunken. In Deutschland gab es nur noch ein Mini-Wachstum.

Aus der einstigen Bankenkrise ist längst eine soziale Krise geworden. So hat die Arbeitslosigkeit in der Eurozone einen Rekordwert erreicht. Zum Beispiel in Griechenland ist jeder vierte ohne Arbeit, von den jungen Menschen knapp 60%. Das Kürzen und Sparen trifft nicht diejenigen, die die Krise verursacht haben. Die Staatsschuldenkrise folgt aus der Bankenkrise, der hemmungslosen Zockerei auf den Finanzmärkten.

Und wer badet sie aus? Die Beschäftigten, die Erwerbslosen, die Rentnerinnen und Rentner. Die Bevölkerung in Südeuropa verarmt! Sie bezahlen den Preis für die Rettung der Guthaben der Reichen in der Bankenkrise!

Und das ist gemein!

Der Angriff auf die Löhne beschränkt sich nicht auf die Krisenländer. Längst überwacht die EU-Kommission auf der Basis des Fiskalpaktes die Lohnentwicklung in ganz Europa. Auch unsere im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie hat Brüssel längst ins Visier genommen. Seit Beginn der Eurokrise mischt sich die EU-Kommission immer stärker in die Tarifpolitik ein. Das ist eine Kampfansage an die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften!

Mit dem so genannten europäischen Pakt für Wettbewerbsfähigkeit sollen die Krisenländer das Arbeitsrecht schleifen, Löhne senken und die Gewerkschaften schwächen. Man will die Krise nutzen um Europa grundlegend umzubauen und auf neoliberalen Kurs zu zwingen. An diesem Abbau von Arbeitnehmerrechten und sozialem Kahlschlag arbeitet die EU mit Hochdruck.

Kolleginnen und Kollegen,

wir sind Europäerinnen und Europäer.

So wie unsere Kolleginnen und Kollegen in
Griechenland, Italien und den anderen Staaten Europas
auch.

Europa stand für das Versprechen auf ein gemeinsames
Leben in Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand.
Es kann deshalb nicht sein, dass in Europa Großeltern
von ihrer Rente nicht leben können.
Es kann nicht sein, dass in Europa für kranke Kinder im
Krankenhaus keine Medikamente da sind. Egal, ob in
Deutschland, Griechenland oder sonstwo in Europa.

Das kann nicht sein.

Wir brauchen ein soziales Europa.

Wer Europa stärken will, muss für Investitionen sorgen
und für gute Bildung und Ausbildung.

Wir brauchen deshalb einen raschen Kurswechsel für
Investitionen und neue Jobs.

Die deutschen Gewerkschaften haben ein detailliertes
Zukunftsprogramm ausgearbeitet.

Wir nennen es: Ein Marshallplan für Europa.

Der Marshallplan ist ein Konjunktur-, Investitions- und
Aufbauprogramm.

Wir wollen, dass in den nächsten zehn Jahren Jahr für Jahr für alle EU-Staaten 260 Milliarden Euro in die Hand genommen werden und damit unsere Zukunft aufgebaut wird.

Das Geld dafür wollen wir den Spekulanten nehmen, indem wir ihre Geschäfte besteuern.

Damit schaffen wir neun bis elf Millionen gute und zukunftsfähige Vollzeitstellen in Europa.

Die EU-Staaten werden daraus 100 Milliarden zusätzliche Steuereinnahmen erzielen können.

Mit diesem Marshallplan schaffen wir Europäer es, aus eigener Kraft zu wachsen, Zukunftstechnologien zu erschließen, unsere Gesellschaften zu modernisieren und Wohlstand für alle zu erzeugen. Außerdem muss der Euro endlich nachhaltig stabilisiert werden.

Die versprochenen Regulierungen der Finanzmärkte, die bislang zu zaghaft oder gar nicht umgesetzt wurden, müssen in Angriff genommen werden.

Die Einnahmefähigkeit der Staaten muss verbessert und die Steuern in Europa müssen harmonisiert werden.

Dem Druck der Gewerkschaften und unserer Bündnispartner ist es zu verdanken, dass die

Finanztransaktionssteuer bald in 12 europäischen Staaten eingeführt wird.

Wir Gewerkschaften wollen Europa sozialer und demokratischer machen!

Wir treten ein für mehr Beschäftigung und gute Arbeit
Wir treten ein für soziale Mindeststandards, die allen Beschäftigten in Europa ein Mindestmaß an Schutz gewährleisten. Wir verlangen eine soziale Fortschrittsklausel und einen neuen Sozialkontrakt für Europa. Soziale Grundrechte haben Vorrang vor der Freiheit des Marktes.

Und: Die Tarifautonomie muss in Europa respektiert und gestärkt werden.

Und: Wir fordern ein Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit. Die Jugend Europas braucht eine faire Chance auf gute Arbeit und ein gutes Leben.

Das ist unser Marshall-Plan für ein soziales Europa!

Handlungsfähiger Staat

Die Marktgläubigkeit der letzten Jahrzehnte hat den Staat in Deutschland an den Rand seiner finanziellen Handlungsfähigkeit gebracht. Er wurde von den Staatsfeinden in Wirtschaft und Politik systematisch ausgeplündert.

Geld ist in Deutschland zwar mehr als genug vorhanden. Es ist aber immer ungerechter verteilt. Während die Einkommen der Mittelschicht stagnieren und die der unteren Einkommensbezieher gesunken sind, besitzen die reichsten 10% über die Hälfte des Gesamtvermögens in Deutschland. Während sich dieses Vermögen in den letzten fünf Jahren auf Kosten der Allgemeinheit verdoppelt hat, ist der deutsche Staat dagegen um 800 Milliarden ärmer geworden.

Wir fordern, dass die Kernaufgaben des Staates wieder finanziell abgesichert werden und dafür fordern wir:

- Die Vermögenssteuer wieder einzuführen
- Erbschaften und Gewinne gerecht besteuern
- Die Abgeltungssteuer zu streichen und alle Einkommensarten mit dem persönlichen Einkommenssteuersatz zu belegen
- Eine einmalige Vermögensabgabe einzuführen

- Für einen effektiven Steuervollzug zu sorgen

Die Erhöhung der MWSt lehnen wir entschieden ab.

Die Umverteilung von unten nach oben muss rückgängig gemacht werden.

Denn: **Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten.**

Das ist unsere Botschaft aus Alzey.

Heute. An unserem Tag der Arbeit.

Gute Arbeit. Sichere Rente. Soziales Europa.

Dafür kämpfen wir und das werden wir zur Nagelprobe machen bei der Bundestagswahl im September 2013.

Ich danke Euch!